

Covid-19-Grundrechtseingriffe

Extremismus aus der politischen Mitte

Nach dem der stehende Applaus im Deutschen Bundestag (parteiübergreifend) mit der Änderung des Infektionsschutzgesetzes am 25. März 2020 verhallt ist, um die in den Bundesländern getroffenen Covid-19-Maßnahmen zu ermöglichen, könnte nun nach den Wortmeldungen von kritischen Fachleuten und Juristen, bezogen auf die politische Kultur der meisten westlichen Industriestaaten, ein historisch noch nie dagewesener Skandal zum Vorschein kommen, der durch penetrierendes Medien-Trommelfeuer mit verursacht und gleichzeitig völlig verdeckt wird.

Es liegen unumstößliche Hinweise auf Grundrechtseinschränkungen ohne rechtfertigende Substanz vor. Die Masse an natürlichen Todesfällen werden mit kaum geeigneten Testverfahren und einer fragwürdigen Interpretationen der erfassten Zahlen unter Corona-Verdacht gestellt. Massive Grundrechtseingriffe erfolgen auf einer völlig unzureichenden Datengrundlage. Die künstlich erzeugte Notsituation, deren Niveau statistisch weit unter den bisherigen Grippewellen liegt, kann wegen einer ungenügenden Vorbereitung auf die vermeintliche Pandemie kaum bewältigt werden, wodurch sich der Katastrophenfall zum Selbstläufer entwickelt. Nicht der Virus, sondern die getroffenen staatlichen Maßnahmen fordern zahllose Opfer. Aus solchen Gründen liegt seit dem 23. März im Petitionsausschuss des Dt. Bundestages eine Petition, die auf der Grundlage der in der Dokumentation zusammengefassten Fakten und Belege fordert, die Grundrechtseingriffe im Zusammenhang mit COVID-19 sofort zu beenden und einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Die Petition ist mit der ID 108607 und dem Az.: 2-19-02-99999-031290 registriert, jedoch noch nicht veröffentlicht.

In der beiliegenden Dokumentation zu dieser Petition kommen ausschließlich renommierte Fachleute zu Wort (Mediziner, Statistiker, Juristen und Medienexperten) aus dem In- und Ausland. Diese Wortmeldungen können im Vergleich zu den massiven Grundrechtseingriffen nicht einfach beiseitegeschoben werden, auch wenn dabei erhebliche Zweifel an der Problemlösungsfähigkeit der verantwortlichen Politiker aufkommen muss. Juristen beurteilen die getroffenen staatlichen Maßnahmen als verfassungswidrig. Und die Folgen der aktuell immer noch aktuellen Grundrechtseingriffe verlaufen alles andere als mild, ganz anders, wie etwa eine Infektion mit SARS-CoV-2.

Die von Fachleuten und Juristen dokumentierten Wortmeldungen kreisen um einige immer wiederkehrende Fragen: Handelt es sich bei den bestätigten Covid-19-Fällen um bloße Infektionen oder handelt es sich um richtige Erkrankungen, die eine ärztliche Behandlung notwendig machen? Ergeben sich die klinischen Intensivmaßnahmen (Beatmungen) und Todesfälle nur mit einem Corona-Virus oder wirklich wegen SARS-CoV-2? Sind im Einzelfall auch mit SARS-CoV-2 andere Ursachen für Erkrankungen oder Todesfälle ursächlich? Können andere Ursachen ausgeschlossen werden? Die Beantwortung solcher Fragen ergeben Hinweise darauf, welchen Wert verantwortliche Politiker unseren Grundwerten und vor allem Grundrechten zumessen.

Vor diesem Hintergrund ein Blick über den eigenen Tellerrand: Börsianer feiern gerade astronomische Gewinne mit Wetten auf den Niedergang der Weltwirtschaft. Diese Branche würfelt die Weltwirtschaft und weltweit das soziale Gefüge aus. Mit helfender Hand ruft aktuell Bill Gates zu weltweiten Impfungen auf, um die Impfstoffe aus seinem Arsenal los zu werden, einer der Wenigen, die hellseherisch offensichtlich sehr gut vorbereitet sind auf diese sogenannte Pandemie. Das macht er mit Unterstützung der WHO, die von seinen helfenden Händen ebenfalls stark profitiert. Kaum jemand weiß, welche toxischen Zusatzstoffe uns helfende Hände einimpfen, in jüngster Zeit von oben dekretiert (Masern), ob wir wollen oder nicht.

Philantropkapitalisten wie Gates geht es ausdrücklich darum, die Menschheit der Anzahl nach runterzufahren. Seine Kollegen schicken zehntausende 5G-Satelliten in den Himmel. Die Corona-Tests sind so sensibel, dass sie bei bereits bei jeglichen Stress (Zellstress) positive Ergebnisse bringen. In Lebensmittelmärkten wird die Frühlingsluft geschwängert mit dem Duft einer genötigten Akzeptanz zu bargeldlosen Zahlungsverkehr. Nur allein anhand der Faktenlage zu Covid-19 brauchen sich Politiker nicht mehr zu wundern, wenn es immer mehr Menschen immer schwerer fällt, Gedanken in Richtung einer Verschwörung abzuwehren. Solche Hintergründe erscheinen mit dem reichen Angebot auf dem Markt der politischen Unmöglichkeiten plausible Erklärungen zu bieten. Das was sich auf den einzelnen Politikfeldern abspielt, im Handeln und im Unterlassen, zerstört unsere Lebensgrundlagen und die Zukunftsperspektive der Generationen nach uns. Dabei könnte eine unbewusste systemischen Neigung zu ständig zunehmender Kontrolle auch eine Rolle spielen. Aber wo die Erklärung zu finden ist, gerät jetzt selbst in den Hintergrund. Eines ist jedenfalls sicher: Diese Situation Ostern 2020 kann keinesfalls akzeptiert werden.

Denn dieser ohne Not heraufbeschworene Skandal und der Schaden für unser Gemeinwesen und die politische Kultur lässt sich nur noch mit schonungsloser Ehrlichkeit seitens der Verantwortlichen begrenzen. Mit allen seinen schlimmen Folgen könnte jetzt dieser beispiellose Vorgang als ein Weckruf für einen Aufbruch in ein besseres Zeitalter genutzt werden, mit dem Aufruf, eine seit der Reagan-/Thatcher-Ära andauernde, neoliberale Misere endlich zu beenden und diese Misere stattdessen in einen sozial-ökologischen, gemeinwohlorientierten Konstitutionalismus, also in europäische Grundwerte umzuwandeln.

Eduard Meßmer
10.04.2020

